

Österreicher für Menschen

Sind Ausländer Menschen? (12-Punkte-Programm zur Ausländerfrage)

1. Verfassungsbestimmung, in der als Staatszielbestimmung ausdrücklich festgehalten werden soll, daß Österreich kein Einwanderungsland ist.
2. Einwanderungsstopp, bis es eine befriedigende Lösung des Problems der illegal in Österreich lebenden Ausländer gibt.
3. Generelle Ausweisungspflicht für alle ausländischen Arbeitnehmer.
4. Aufstockung der Exekutive, insbesondere bei der Fremden- und Kriminalpolizei sowie die Verbesserung der Besoldung im Außendienst.
5. Ständiger Grenzschutz durch einen eigenen Exekutivkörper, der das Bundesheer bei seiner derzeitigen Assistenzleistung ablöst.
6. Schulpolitik: Maximal 30% Anteil von Schülern, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, pro Schulklasse. In Schulen mit höherem Anteil soll eine Aufteilung auf andere Bezirke erfolgen.
7. Ausreichende Deutschkenntnisse als Voraussetzung für die Teilnahme am Unterricht der Pflichtschule.
8. Absage an Ausländerwahlrecht
9. Staatsbürgerschaften dürfen ausnahmslos erst nach der im Gesetz vorgesehenen zehnjährigen Wartefrist verliehen werden.
10. Mißbrauch von Sozialleistungen: Strengere Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Sozialleistungen durch Ausländer und gegen illegale gewerbliche Tätigkeiten von Ausländer-"Vereinen".
11. Ausländerkriminalität: Rigorose und sofortige Anwendung von Aufenthaltsverbot und Abschiebung von ausländischen Straftätern.
12. Osteuropastiftung: Errichtung einer Osteuropastiftung als Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft in Osteuropa. Dadurch soll Wanderungsbewegungen vor Ort entgegengewirkt werden.

Sind FPÖ'ler Menschen? (12 Forderungen zur Lösung des Freiheitlichenproblems)

1. Schaffung einer Verfassungsbestimmung, wonach in Österreich jeder maßgebliche Einfluß der Freiheitlichen unerwünscht ist.
2. Verbot für die FPÖ, irgendeine politische Tätigkeit zu entfalten, bis eine befriedigende Lösung des Problems der Ideologie ihrer Funktionäre gefunden ist.
3. Generelle Ausweisungspflicht für Freiheitliche.
4. Aufstockung der Staats- und Kriminalpolizei
5. Schaffung einer eigenen Behörde, die langfristige Programme zur Resozialisierung von Freiheitlichen ausarbeiten soll.
6. Maximal 10%-Anteil von Schülern, die einen freiheitlichen Elternteil (oder zwei) haben. In Schulen mit höherem Anteil Aufteilung auf andere Bezirke.
7. Für Kinder von Freiheitlichen Kurse in Staatsbürgerkunde vor dem Eintritt in die Pflichtschule.
8. Kein passives Wahlrecht für Freiheitliche.
9. In den vollen Genuß der staatsbürgerlichen Rechte dürfen Freiheitliche ohne Ausnahme erst wieder nach frühestens 10 Jahren kommen.
10. Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Sozialleistungen durch Freiheitliche.
11. Rigorosed sofortige Abschiebung und Aufenthaltsverbot für freiheitliche Straftäter.
12. Verhandlungen mit der BRD mit dem Ziel, daß sie österreichischen Deutschnationalen die Einwanderung zu denselben Bedingungen wie etwa Rumänen- oder Wolgadeutschen ermöglicht.

Gefunden in Der Standard

**Österreich soll menschenfreundlich bleiben.
Dafür und gegen menschenverachtende
Propaganda treten wir ein.**

**Da sowohl Ausländer/innen als auch
FPÖler/innen Menschen sind,
lehnen wir beide Forderungskataloge ab!**

Gudrun Kapl